

LÖWENMAUL

Verhinderte
Bildungsreform

Gerd Biegels Kolumne

Einst klagte Joachim Heinrich Campe: „Unsere Volksschulen sind Schulen der Faulheit, der Stupidität und der Unbrauchbarkeit fürs Leben.“

1786 ging daher Carl Wilhelm Ferdinand, unterstützt von Minister Hardenberg, eine Schul- und Bildungsreform konkret an mit der Berufung von Joachim Heinrich Campe zum ersten deutschen Schulrat. Wesentliche Grundzüge der aufsehenerregenden Reform fasste der Herzog in seiner Verordnung so zusammen: „Der Einfluß, welchen gut eingerichtete Schul- und Erziehungs-Anstalten auf das Wohl und die Glückseligkeit der Menschen haben, ist so groß und wichtig, daß für die gute Beschaffenheit dieser Anstalten nicht eifrig und sorgfältig genug gesorgt werden kann.“

Die im Sinne der Aufklärung betriebene und durch die philanthropische Erziehungsbewegung getragene Reformidee, sah die Lösung des Schulwesens aus der Aufsicht der Kirche und des Konsistoriums vor. Die Gegner, insbesondere die orthodoxe Geistlichkeit, reagierten heftig und sprachen von einer „Schulrevolution“.

Die Auseinandersetzung wurde ein Lehrstück, wie durch politische Intrigen, Agitation und Denunziation von Inhalten und Personen wichtige, allgemein als notwendig erkannte Reformen aus Ständesinteressen und Machtgehabehindern werden können.

► Gerd Biegels ist Direktor des Landesmuseums.

REDAKTION

Sekretariat:
Doris Baum 39 00-331
Redaktionsfax: 39 00-361
Mail: redaktion.bs@bzbv.de

Lokalredaktion:
Harald.Duin@bzbv.de
Joerg.Fiene@bzbv.de
Bettina.Habermann@bzbv.de
Norbert.Jonscher@bzbv.de
Ralph-Herbert.Meyer@bzbv.de
Ann-Claire.Richter@bzbv.de
Joern.Stachura@bzbv.de
Bettina.Thoenes@bzbv.de
Ernst-Johann.Zauner@bzbv.de
Hans-Christian.Zehme@bzbv.de

Braunschweiger Zeitung

Redaktion und Verlag: Hamburger Straße 277 (Pressehaus), 38114 Braunschweig, Telefon: (05 31) 3 90 00 / Telefax (05 31) 39 00-610

Service-Center: Schild 10, 38100 Braunschweig, Geschäftszeiten: montags bis donnerstags 9:30 bis 17 Uhr, freitags 9:30 bis 16 Uhr, samstags 9:30 bis 13 Uhr.

Auszug aus den „Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Braunschweiger Zeitungsverlages für Abonnenten“:

Abonnementspreis monatlich 22,70 € bei Lieferung durch Zusteller, 24,80 € bei Postlieferung. Der Abonnementspreis schließt die Zustellgebühr bzw. Versandgebühr und die gesetzliche Mehrwertsteuer (derzeit 7%) ein / erscheint werktags / Abbestellungen werden zum Monatsende berücksichtigt, wenn diese bis zum 20. schriftlich beim Verlag eingegangen sind und keine anderen Vereinbarungen bestehen. / Bei höherer Gewalt, Streik oder Betriebsstörungen kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung.

Die vollständigen Geschäftsbedingungen können in unseren Service-Centern oder im Online-Servicecenter unter www.newslick.de/osc eingesehen werden. Auf Wunsch schicken wir sie unseren Abonnenten auch zu / Anzeigenpreisliste Nr. 57 / Bankverbindung: Norddeutsche Landesbank, Braunschweig, Konto-Nr. 146 910, BLZ 250 500 00 / Rücksendung unverlangter Manuskripte nur gegen Rückporto.

Ratssitzung

Keine Generaldebatte gab es gestern im Rat über das Schloss, das Einkaufszentrum Schloss-Arkaden und die Auswirkungen auf die Stadt. Stattdessen war der Fernwärme-Anschlusszwang ein Thema der Sitzung.



Das Braunschweiger Stadtmarketing hat dieses Foto vom Fußballfest zum EM-Finale auf dem Schlossplatz im Großformat drucken lassen. Es wird seit gestern im Rathaus, in der Touristinfo, in der Stadthalle und in der Volkswagen-Halle gezeigt. Inzwischen wurde die Aufnahme auch in A 2-Plakatgröße gedruckt und kann in der Touristinfo am Bohlweg gekauft werden.

Foto: Stadtmarketing

„Kein Thema ist so abgedroschen“

SPD, Grüne, Bibs und Linke wollten gestern nicht noch einmal über das Schloss debattieren

Von Ralph-Herbert Meyer

Die Generaldebatte im Rat über Schloss, Einkaufszentrum Schloss-Arkaden und die Auswirkungen auf die Stadt fand gestern nicht statt.

SPD, Grüne, Bibs und Linke stimmten gegen den Vorschlag von Oberbürgermeister Gert Hoffmann (CDU), das Schloss-Thema nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. CDU und FDP, mit deren Ein-Stimmen-Mehrheit das Schloss realisiert wurde, stimmten dafür. Für das nachträgliche Setzen auf die Tagesordnung wäre Einstimmigkeit nötig gewesen.

Hoffmann hatte die Initiative nach einem Brief des SPD-Fraktionsvorsitzenden Manfred Pesditschek an ihn ergriffen. Pesditschek hatte von Hoffmann nach der nicht-öffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses und dessen Entscheidung über den Quadriga-Vertrag gefordert, das Thema auf die Tagesordnung der öffentlichen Ratssitzung zu setzen.

Im Verwaltungsausschuss war von der Bibs-Fraktion beantragt worden, über den Quadriga-Vertrag im Rat zu debattieren und dort auch abstimmen zu lassen. Das war im Verwaltungsausschuss von der CDU/

FDP-Mehrheit, mit Hinweis darauf, dass der Rat nicht zuständig sei, verhindert worden.

„Mein Eindruck nach der Verwaltungsausschuss-Sitzung und dem Brief von Herrn Pesditschek an mich war, dass es nach wie vor ein starkes Bedürfnis gibt, über Schloss-Rekonstruktion und Quadriga zu diskutieren. Deswegen bin ich dem Wunsch von Herrn Pesditschek nachgekommen“, sagte Hoffmann.

Er hatte in dem Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung auch ei-

und Heimatgefühl des gesamten Braunschweiger Landes erheblich gestärkt hat.“

Udo Sommerfeld, Fraktionschef der Linken, nahm der Debatte über die Geschäftsordnung schnell die Brisanz. „Kein Thema ist so abgedroschen wie das rund um das Vorhängeschloss.“ Auch für Holger Herlitschke, Fraktionsvorsitzender der Grünen, gab es keinen Diskussionsbedarf mehr. „Es ist alles gesagt.“

Manfred Pesditschek (SPD) ließ sich, obwohl es um die Geschäftsordnung ging, auf das Thema ein. Die Weigerung der Mehrheit, den Quadriga-Vertrag in den Rat zu ziehen, sah er als brutalen Verstoß gegen die politische

Kultur. Das Nein der SPD zum Quadriga-Vertrag sei Protest gegen das politische Verfahren. Die SPD-Fraktion begrüße vielmehr, dass ein Braunschweiger Bürger für die Quadriga beträchtliche Eigenmittel einsetze.

Pesditschek sagte weiter, dass die Schloss-Fassade eine Bereicherung der Innenstadt sei. Er kritisierte die

„Auch bei der Quadriga stellt sich die SPD schmollend in die Ecke“

Wolfgang Sehr, CDU



ne Resolution formuliert, die mindestens Teile der Opposition als ironisch empfunden hatten und sich auf die Position zurückzogen, dass eine ernsthafte, kritische Aussprache gar nicht gewünscht sei.

In der Resolution hatte es unter anderem geheißen: „Der Rat stellt fest, dass die Rekonstruktion des Residenzschlosses das Identitäts-

Warten auf eine neue Analyse

Debatte über Fernwärme-Anschlusszwang – Hoffmann verteidigt Pläne

Von Jörg Fiene

Ende August will das Unternehmen BS-Energy seine Berechnungen zum Ausbau der Fernwärme in Braunschweig vorlegen.

In einem Brief an Oberbürgermeister Gert Hoffmann hatte der Versorger verlauten lassen, dass er angesichts der erheblich gestiegenen Energiepreise „eine erneute sorgfältige Analyse“ zur Verwirklichung der Pläne anstellen müsse.

Hoffmann sprach im Rat von einer Investition in beträchtlicher zweistelliger Millionenhöhe für den Bau der notwendigen Turbine. „Erst wenn wir diese Zahlen auf dem Tisch haben, macht es Sinn über die Umsetzung, über Anschlüsse und

Anschlusszwang zu diskutieren“, so Hoffmann. Wie berichtet, sollen 5500 Haubesitzer gegebenenfalls verpflichtet werden, ihre Objekte mit Fernwärme zu heizen.

Hoffmann verteidigte diese Pläne gestern in der Ratssitzung. „Ein wirtschaftlicher Betrieb setzt eine hohe Anschlussdichte voraus. Ich wäre bereit, das auch gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen – unter der Voraussetzung, dass die Bürger wirtschaftlich nicht schlechter dastehen.“

Trotz der neuerlichen Berechnungen bei BS-Energy und einhergehender zeitlicher Verzögerungen sieht Hoffmann den Zeitplan mit einem Ratsbeschluss im Dezember nicht in Gefahr.

Kritik gab es von Gisela Witte (Grüne) und Udo Sommerfeld (Linke), die eine inhaltliche Auseinandersetzung des Rates zum Fernwärmeausbau forderten. „Mir fehlt die ökologische Debatte“, klagte Witte.

Sommerfeld fühlte sich „verschaukelt“, weil BS-Energy noch immer keine Aussage über das Projekt treffen könne, obwohl die Fernwärme schon so lange als „beste Lösung“ propagiert werde.

Oberbürgermeister Hoffmann betonte, dass inhaltlich erst diskutiert werden könne, wenn die Zahlen vorlägen. „Eine Debatte über ökologische Vorteile halte ich nicht für notwendig. Die Fachleute sind sich einig, dass sie die umweltfreundlichste Lösung sind.“

Innengestaltung des Schlosses allerdings als historische Zumutung und meinte, dass man im Roten Saal Platzangst bekäme. Und er befürchtete negative Auswirkungen auf den Einzelhandel, wenn eine konjunkturelle Delle komme.

Daniel Kreßner, Fraktionsvorsitzender der FDP, erklärte, er könne gut verstehen, dass die Opposition jetzt doch nicht über das Schloss sprechen wolle: „Denn bei dieser Debatte kann sie nur verlieren.“

Wolfgang Sehr, Fraktionschef der CDU, wies die Kritik der SPD etwa an der Innengestaltung des Schlosses zurück: „Die SPD hat sich seit Jahren nicht an Fragen rund um das Schloss beteiligt. Und auch bei der Frage der Quadriga stellt sie sich schmollend in die Ecke.“

Oberbürgermeister Hoffmann zeigte sich enttäuscht, dass das Schloss nicht auf die Tagesordnung kam. „Selbst wenn Sie sich durch die Resolution veralbert gefühlt haben, hätten Sie doch eigene Anträge in die Debatte einbringen können.“ Hoffmann sprach von einem „Salto rückwärts“ der Opposition. Er will die Generaldebatte über Schloss, Schloss-Arkaden und die Auswirkungen auf die Stadt nun fristgerecht auf die Tagesordnung setzen.

Fitness-Bereich
für das Spaßbad

Das geplante Freizeit- und Erlebnisbad an der Hamburger Straße soll weiter aufgewertet werden. Der Rat beschloss gestern mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD die zusätzliche Ansiedlung eines Fitness-Bereichs. Außerdem sollen in den Planungen Vorkehrungen berücksichtigt werden, dass der nachträgliche Bau einer Eisportanlage auf dem Gelände möglich ist. FDP, Linke und Bibs votierten gegen die zusätzlichen Investitionen. Die Grünen enthielten sich.

Für das Fitnessstudio, das später von einem privaten Betreiber geführt werden soll, sind in der Verwaltungsvorlage zwei Millionen Euro vorgesehen. Die Verluste des Spaßbads, davon geht die Verwaltung aus, sollen dadurch um jährlich 200 000 Euro sinken.

rm